

Neuigkeiten von ASSE II zum Jahreswechsel

Rückholung beschleunigt angehen



Reges Interesse fand die öffentliche Info-Veranstaltung am Abend des 19. Januar, von der ein Live-Stream über www.asse2.de abrufbar ist.

Ende 2011 drohten die Rückholungsgegner „Oberwasser“ zu bekommen. Ein Memorandum^[1] aus dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) endete damit, dass „bis gegen Ende 2012 eine Sachlage eintreten wird, die eine weitere Verfolgung der Stilllegungsoption ‚Rückholung‘ als sicherheitstechnisch nicht mehr vertretbar erscheinen lässt.“ Aus dem fünfseitigen Papier war diese Zusammenfassung aber nicht abzuleiten, jedenfalls nicht anhand inhaltlicher, technischer Fakten.

Von seinem Inhalt hatte das BfS die ASSE-II-Begleitgruppe (A2B)^[2] am 2. Dezember informiert. Dabei äußerte sich das BfS abschließend mit den Worten „jetzt wissen wir, wie die Rückholung nicht geht“ und führte weiter aus, dass der Weg der Rückholung beschleunigt oder gar geändert werden muss, um die Rückholung zu erreichen. Für die Bürgerinitiativen war damit klar, dass jetzt die Kräfte, die an der Flutung arbeiten, dieses versuchen umzudeuten in „das Ziel

der Rückholung ist nicht erreichbar“. Eine Aussage, die jeglicher Substanz entbehrt.

Teilnehmerkreis des Fach-Workshops vom BfS

Auf dieses Memorandum aus einer Fachabteilung hatte die Vizepräsidentin des BfS einen Vermerk verfasst, dass ein zweitägiger Fach-Workshop zu diesem Vermerk im Besonderen und zur Rückholung im Allgemeinen durchzuführen ist. Dieser Fach-Workshop fand am 18. und 19. Januar in der Braunschweiger Stadthalle statt. Dazu hatte das BfS eingeladen: Niedersächsisches Umweltministerium (NMU), Bundesumweltministerium (BMU), Entsorgungskommission (ESK), Asse-GmbH (Betriebsgesellschaft des Schachtes ASSE II), Gutachter sowie externe Experten und die A2B mit ihrer Experten-Gruppe (AGO).

Von diesen Gruppen wurden hochrangige Delegationen sowohl auf der fachlichen als auch auf der organisatorischen Ebene ent-

sendet, bis hin zu den Staatssekretärinnen von BMU und NMU. Einzig die ESK hielt diesen Workshop für unbedeutend und entsandte keine adäquate Delegation. Stattdessen äußerte sich deren Vorsitzender Michael Sailer wie folgt: Die ESK würde sich vom BfS im Februar separat informieren lassen, um binnen zweier Monate einen Bericht zu erarbeiten, der dann die Entscheidungsgrundlage für Umweltminister Röttgen darstellt.^[3]

Dem Auftreten Sainers begegnete die Führungsspitze des BMU mit der Äußerung, dass sie Mitte Februar bereits einen Vorschlag zur Verfahrensbeschleunigung vorlegen wird^[4] – und somit keinen Bericht der ESK abwarten wird.

Ergebnisse des Workshops

Die eigentliche Gefahr, die eine Rückholung zunichte machen kann, wird in einem sich stark erhöhenden Laugenzufluss vor dem Abschluss der Räumung gesehen. Diese Gefahr ist nicht neu, sie existierte auch schon vor dem Laugenzufluss (seit 1988). Sie ist auch nicht auf ASSE II beschränkt. Jedes Bergwerk, jedes tiefe Loch in der Erde birgt die latente Gefahr eines Volllaufens mit Wasser. Aus diesem Grunde unterteilen Bergleute die Gruben auch in nur zwei Kategorien: die, die schon abgesoffen sind und jene, denen das noch bevorsteht.

Zu dieser latenten Gefahr können zum jetzigen Zeitpunkt keine Prognosen gegeben werden. Allerdings wird davon ausgegangen, dass dieses „plötzliche“ Absaufen sich über mindestens sechs Monate hinzieht. Und die Planungen des BfS besagen, dass binnen sechs Monaten Notfallmaßnahmen umgesetzt werden können, die die Auswirkungen einer abgesoffenen Atommüllkippe auf die Biosphäre reduzieren würden („Gegenflutung“, Betonierung einiger Resthohlräume – auch in den Einlagerungskammern –, Einrichten von Magnesium-Depots ...).

Standsicher für 40 Jahre

Die Standsicherheit und die „Gebrauchsfähigkeit“ der Grube wird für den Zeitraum der Rückholung als realisierbar angesehen,

in dem der neue Schacht „ASSE V“ abgetäuft wird. Dann können neue Infrastrukturbereiche für Werkstätten, Lager und so weiter in dem neuen Bereich aufgefahren und eingerichtet werden. Somit könnten im alten Bereich weitere Hohlräume verfüllt werden, was zur weiteren Stabilisierung des alten



Auf der Pressekonferenz beantworten der Wolfenbütteler Landrat Röhmann, Staatssekretärin Heinen-Esser, Wolfram König (Präsident BfS) und der BfS-Pressesprecher Nording viele Fragen der Journalisten.

Fotos (2): AufpASSEn e.V.

Bergwerks führt. Auch über den mittels einer sehr konservativen Abfrage erhobenen Zeitraum von 40 Jahren für die Räumung ist diese Aussage der Standsicherheit gegeben worden.

Der Strahlenschutz hat viele Fragen aufgeworfen, die wahrscheinlich erst beantwortet werden können, wenn die Bergungstechnik weiter präzisiert werden kann und somit die Belastungen konkretisiert werden können. Als Problem ist aber deutlich geworden, dass normalerweise vor Beginn der allerersten Maßnahme schon die Belastung der letzten Maßnahme ermittelt werden muss, um eine quantitative Gesamtbelastung zu haben. Dieses wird aber als nicht realisierbar angesehen, da von einem „Learning by Doing“ auszugehen ist. Der Strahlenschutz wird als iterativer Vorgang gesehen, um die Belastungen der Belegschaft wie die Belastung der Bevölkerung (durch die in der Abluft freigesetzten Radionuklide) weiter zu minimieren.

Rechtliche Fragen

Unstrittig war die Ansicht, dass das derzeitige Verfahren nicht zum Ziel der Rückholung führt. Wie die Gesetzeslage zu verändern ist, ob anhand eines Maßnahmengesetzes, ob durch Anwendung der Gefahrenabwehr anhand des Atomgesetzes (§19 Abs. 3 AtG),

ob durch Ergänzungen des Asse-Paragrafen im Atomgesetz (§57b AtG) – dieses wurde kontrovers und nicht abschließend diskutiert.

Das konnte auch nicht abschließend geklärt werden, da die Ergebnisse der anderen Arbeitskreise hierfür die Grundlage bilden und weitere Organe der Bundesrepublik in diese Diskussion mit eingebunden werden müssen. So waren weder die Abgeordneten des niedersächsischen Landtages noch die des Bundestages mit entsprechenden Mandaten versehen im Workshop. Das weitere Vorgehen sieht auch eher so aus, dass die verschiedenen Für und Wider als Argumentationsgrundlage von den Umweltministerien aufgenommen und von dort die Gesetzesinitiativen weiter vorangetrieben werden müssen.

Weiteres Vorgehen

Der erste Schritt der Faktenerhebung (Anbohren der Kammern 7 und 12 auf der 750m-Sohle) wird mit Hochdruck vorangetrieben. Die Entsorgung des Laugenteiches vor Kammer 12/750 wird sich „unbürokratisch“ in Absprache mit dem BfS regeln lassen. Somit werden diese Probebohrungen sehr bald beginnen können. Die Bohrungen sollen Erkenntnisse nicht nur über die Atmosphäre in den Kammern (Rückschlüsse auf das Inventar, Explosionsschutz), sondern auch über den Zustand der Wände und Decken liefern. Der Zustand der Grubenbaue hat direkten Einfluss auf die Methode zur Kammerräumung. Konkret die Frage: „ob uns der Himmel auf den Kopf fällt“.

Nach Auswertung der Probebohrungen soll es einen zweiten Workshop geben, um das weitere Vorgehen auszuarbeiten. Der Januar 2012 hat die Räumung des Asse-Schachtes weiter vorgebracht.

Der Autor erwartet diesen zweiten Workshop zum Sommer dieses Jahres, dann haben die Erkenntnisse vorzuliegen. Auch wird dann das neue Regelwerk in Kraft getreten sein. Alles andere ist nicht dem Zeitdruck angemessen. Denn allem Optimismus zum Trotz sei an eines erinnert: Die latente Gefahr eines erhöhten Laugenzuflusses besteht.

Udo Dettmann

Quellen:

[1] www.endlager-asse.de/SharedDocs/Downloads/DE/memorandum.pdf?__blob=publicationFile

[2] Der AzB besteht aus Vertreterinnen der Gebietskörperschaften und Politik aus der Region Asse sowie Vertretern von Bürgerinitiativen und Umweltverbänden.

[3] www.newsclick.de/index.jsp/menueid/2044/artid/15557592

[4] www.newsclick.de/index.jsp/menueid/2044/artid/15569188